

18.07.2019

Kontakt  
Axel Welge  
axel.welge@staedtetag.de  
Hausvogteiplatz 1  
10117 Berlin  
Telefon 030 37711-281  
Telefax 030 37711-7609  
www.staedtetag.de

**Klimanotstand**  
**- Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Umweltausschusses**  
**und der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages -**

Der Umweltausschuss und die Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages haben sich in ihren letzten Sitzungen mit dem Thema beschäftigt. Folgende Ergebnisse sind aus der Diskussion festzuhalten:

1. Die deutschen Städte setzen sich seit langem für den Klimaschutz ein. Neben der Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien stehen sowohl die energetische Gebäudesanierung als auch die Förderung umweltfreundlicher Mobilität im Vordergrund. Zunehmend werden auch Klimaschutzkriterien in der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt. Die Städte leisten gemeinsam mit ihren Stadtwerken einen wichtigen Beitrag, um Kohlendioxid-Emissionen in den Städten zu senken.  
Dieses Engagement der Städte sollte vor Ort mit dem Ziel einer klimaneutralen Stadtentwicklung noch deutlicher kommuniziert werden.
2. Gemeinsame Initiativen, die den kommunalen Klimaschutz und das private Engagement für mehr Klimaschutz stärken, unterstützen das Bemühen der Städte. Deshalb wird die Schülerbewegung „Fridays for Future“ ausdrücklich begrüßt. Das ehrenamtliche Engagement der Jugend hat bereits in vielen Städten zu gemeinsamen Gesprächen – häufig auch mit den Oberbürgermeistern, den Umweltdezernenten und den Umweltamtsleitern – geführt. Ziel sollte es sein, diesen Impuls zu nutzen, um den Klimaschutz noch stärker als Priorität und zentrale Querschnittsaufgabe der Städte und aller kommunalen Dienststellen zu verankern. Darüber hinaus sollten die Städte gemeinsam mit den Vertretern der Schülerbewegung örtliche Projekte im Klimaschutz identifizieren und umsetzen. Damit wird die städtische Klimapolitik unterstützt und weiterentwickelt.
3. Die Auswirkungen auf den Klimaschutz sollten bei allen städtischen Beschlüssen auch zukünftig beachtet werden. Daher sind entsprechende Instrumente zu entwickeln, die möglichst wenig zusätzlichen Aufwand verursachen. Die Prüfung sollte sich an den Maßnahmen der vielfach unter großer Bürger- und Akteursbeteiligung aufgestellten integrierten Klimaschutzkonzepte und Klimaschutzpläne orientieren und die daraus resultierenden Gremienbeschlüsse berücksichtigen.
4. Das Engagement der Städte wird voraussichtlich nicht reichen, um die Klimaschutzziele vor Ort zu erfüllen. Die Arbeit der Bundesregierung an einem Klimaschutzgesetz wird deshalb nachdrücklich begrüßt. Der Klimaschutz ist für die Städte eine zentrale Zukunftsaufgabe. Deshalb muss das Klimaschutzgesetz des Bundes Regelungen für eine tragfähige Finanzierung klimaschützender Maßnahmen vorsehen, die auch die Länder und die Städte einbezieht. Die Kommunen benötigen dabei Planungssicherheit durch die Verstetigung von Förderprogrammen und vereinfachte Antrags- und Bewilligungsverfahren.